

Die Apokalypse einer Freikirche

Kim Strübind

»Ich studiere bis jetzt vergeblich, wie ich auch ein wenig Hosea werden könnte, was ich viel lieber wäre, als als Amos mit Geschrei das Herbstfest zu stören, worauf es offenbar hinausläuft mit mir.«

Karl Barth

»Ich hab' kein besseres Hausmittel denn den Zorn. Wenn ich gut schreiben, beten, predigen soll, muss ich zornig sein, da erfrischt sich mein ganz Geblüt, mein Verstand wird scharf, und alle Anfechtungen weichen.«

Martin Luther

Eine kleine Ewigkeit scheint zwischen den denkwürdigen Ereignissen des Frühjahres 2002 und der derzeitigen Situation des »Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden« zu liegen. Ist dies noch derselbe »Bund«, von dem sich die Delegierten des Bundesrates¹ 2002 in Krelingen verabschiedet hatten? Ja und Nein. Zunächst zum »Nein«. Die auf dem Bundesrat in einem improvisierten Wahlverfahren neu ins Amt gelangte Bundesleitung hat ihre Chancen im vergangenen Jahr genutzt und den kurzzeitig unterbrochenen und von der alten Bundesleitung in die Wege geleiteten Reformprozess in erstaunlicher Konsequenz und – zumindest nach außen hin – ziemlich geräuschlos und mit ruhiger Hand vorangetrieben. Was sich geändert hat? Viel – wenn auch nicht in *jeder* Hinsicht. Dennoch gebührt den Verantwortlichen für das Erreichte Anerkennung und Respekt.

Sieht man sich das Ergebnis an, dann scheint zumindest hinsichtlich der strukturellen und personellen Seite nahezu kein Stein auf dem anderen liegen geblieben zu sein. Zunächst hatte die gesamte Bundesleitung einschließlich aller Bundesdirektoren erwartungsgemäß das Handtuch geworfen und einer Übergangsbundesleitung Platz gemacht. Diese hat sich vom ersten Tag an nach Kräften bemüht, die vorbereiteten Reformen umzusetzen. Nach dem Beschluss eines weiteren »Sonderbundesrates« wird die Geschäftsstelle des Bundes, das so genannte »Bundesmissionshaus«, in wenigen Wochen von Bad Homburg nach Elstal verlegt, um der neuen, allerdings immer noch nicht vollständigen Geschäftsführung die interne Kommunikation zu erleichtern. Ein Schönheitsfehler des neuen Konzepts bleibt freilich, dass wichtige Bereiche wie die »Pastorenfragen« in Bad

¹ Der Bundesrat des BEFG besteht aus den Delegierten aller selbstständigen Ortsgemeinden des Gemeindebundes.

Homburg verbleiben und die geographische Zusammenführung der vier neu strukturierten Dienstbereiche nicht in vollem Umfang gelungen ist. Soweit bisher bekannt, wird zudem – abgesehen von der neu hinzugekommenen »Assistentin der Geschäftsführung« – niemand von den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesmissionshauses den Weg nach Elstal, dafür so manche(r) den Weg in die Arbeitslosigkeit antreten. Welche Konsequenzen allein der damit verbundene Verlust an Know-how für die Bundesgemeinschaft hat, ist schwer einzuschätzen.

Trotz einiger kirchenpolitisch motivierter Konzessionen (z.B. an die Zeltmission) konnten auch die notwendigen Kürzungen des Bundesstellenplans weitgehend umgesetzt werden. Nicht einmal der Pressesprecher des Bundes blieb im Amt, ebenso wenig der vormalige Direktor des Theologischen Seminars, der, wie es hieß, aus Gründen notwendiger Sparmaßnahmen in den Gemeindedienst gegangen sei. Das fleißig propagierte »neue Vertrauen« hat seinen Weg bis in die Haushaltsschatullen der Gemeinden gefunden. Dank eingesparter Gelder bei den Gehaltsausgaben und des gestiegenen Spendenvolumens konnte der nicht zuletzt durch einen aufgeblähten Stellenplan bedrohlich in Schieflage geratene Bundeshaushalt zum Jahresende positiv abgeschlossen werden. Hier ist allerdings einschränkend hinzuzufügen, dass die mittel- und langfristige Finanzplanung noch erhebliche Unsicherheiten in sich birgt und eher der Stimmung- als der Haushaltslage entspricht. Die Veränderungen sind in jedem Falle beachtlich und umfassend. Nahezu unbemerkt blieb dabei, dass das Bildungszentrum nicht mehr in »Elstal« liegt, sondern dem Ort Wustermark zugeschlagen wurde – auch wenn die Bundesleitung für diese Art der Gebietsreform ohne Zuständigkeit und Mitverantwortung ist.

Beachtliches Geschick hat die neue Bundesleitung bei der Auswahl neuer Mitarbeiter/innen bewiesen, als man nach kontroversen Diskussionen darauf verzichtete, in den Konflikt maßgeblich involvierte Personen bei der Vergabe zu berücksichtigen. Dies hätte nach der einen oder anderen Seite gewiss die Gräben vertieft und dem notwendigen Konsolidierungs- und Befriedungskurs geschadet. Ob die Neuberufungen halten, was man sich von ihnen verspricht, kann dabei durchaus gefragt werden. Eine in den Angelegenheiten unseres Gemeindebundes noch unerfahrene Generalsekretärin, die sich als Versöhnerin zwischen Schwarz und Weiß in Südafrika einen Namen gemacht hat, und ein bundesintern unbekannter Finanzdirektor, dessen erste öffentliche Präsentation außer seiner Vorliebe für Jugendchorarbeit und seinem Bedürfnis, sich möglichst mit allen zu duzen, noch keine persönlichen Qualifikationen für seine Aufgabe erkennen ließ, stießen zunächst auf ein gemischtes Echo. Konfliktpotenzial liegt allein schon in der Tatsache, dass sich die Konservativen in unseren Reihen daran stoßen, dass eine Frau in die maßgebliche Führungsposition des Bundes aufrückt. Gerade an dieser Stelle hat die neue Leitung meiner Einschätzung nach jedoch Mut und Weitsicht bewiesen: Ist *dieser* Dammbbruch doch bitter notwendig und an der Zeit. Dass sich

meine vor zwei Jahren geäußerte »Weissagung« im Blick auf notwendige Berücksichtigung von Frauen in den Leitungsgremien meiner Freikirche im neuen Jahrtausend so schnell erfüllte, hat mich selbst überrascht.²

Dies betrifft auch weitere Postulate wie die nun endlich auf den Weg gebrachte Regionalisierung der Bundesgemeinschaft. »Wir brauchen ein neues Bündnis zwischen dem Bund und den Gemeinden«, hatte ich 1999 gefordert und für einen »Baptismus der Regionen« plädiert, der auch den Vereinigungen eine neue Bedeutung beimisst. Dies scheint nun auch ernsthaft ins Auge gefasst zu werden. Überhaupt lässt sich manches derzeit Angedachte oder bereits Realisierte in meinem ZThG-Beitrag von 1999 nachlesen, der mir einigen Ärger seitens der damaligen Vertreter des Establishments einbrachte, die ich etwas despektierlich aber aus heutiger Sicht gewiss nicht unzutreffend das »Ancien régime« genannt hatte.³

Zu den innovativen Elementen gehört die von Alwin Porak⁴ sowie von meiner Frau und mir mehrfach erhobene Forderung, für die Berufsausbildung unserer Pastorinnen und Pastoren in Wustermark (vormals Elstal) eine staatliche Anerkennung zu erwirken. Als wir je auf unsere Weise dieses Postulat in die Bundesgemeinschaft und die Bundesleitung einbrachten, ernteten wir nicht nur Kopfschütteln, sondern stießen vor allem im Theologischen Seminar auf im wesentlichen nicht stichhaltige Einwände, die auch vor Diffamierungen nicht zurückschreckten. Dazu gehören die meist etwas altklug und anbiedernd wirkenden Verlautbarungen des ehemaligen Seminar-Tutors Michael (»meine Freunde nennen mich Mitch«) Rohde. Einen von Unwahrheiten und böswilligen Unterstellungen nur so strotzenden Leserbrief, mit dem er sich als »Bildungsfachmann« profilieren wollte, musste er später kleinlaut zurücknehmen und sich für seine reichlich unqualifizierten Bemerkungen in Sachen »Fachhochschule« entschuldigen, mit denen er sich unvorsichtigerweise aus dem Fenster gelehnt hatte. Peinlich für Rohde und seine Gefolgsleute: Bereits ein einziges Gespräch mit dem Kultusministerium in Potsdam brachte Klarheit darüber, dass eine staatliche Anerkennung der theologischen Ausbildung in Elstal-Wustermark nicht nur im Bereich des Möglichen liegt, sondern von der brandenburgischen Landesregierung ausdrücklich unterstützt werden würde. Bisher hatte noch keiner der Verantwortlichen, die in groß angelegten »Ausbildungskommissionen« jahrelang getagt hatten, eine solche Anerkennung auch nur in Erwägung gezogen. Man muss dabei im Blick behalten, dass ein Pastor oder eine Pastorin hinsichtlich ihrer Berufstätigkeit bisher fast auf Gedeih und Verderb an den »Bund« gebunden ist, sofern man nicht in weiser Voraussicht an einer staatlichen Fakultät studiert und einen anerkannten Hochschulabschluss in seinen Beruf eingebracht hat. Im Falle einer Beendigung des Dienstes standen Pastorinnen und Pastoren bisher vor dem Nichts, denn unsere Ausbildung in Hamburg bzw. in Elstal ist aufgrund fehlender Anerkennung,

² Vgl. meinen Beitrag »Baptistische Nebelschwaden«. Die schwierige Suche nach einem Selbstverständnis für den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, ZThG 6 (2001), 38 (und 28-39).

³ Vgl. K. Strübind, Hat der Baptismus in Deutschland Zukunft? Eine teilnahmevolle Polemik, ZThG 4 (1999), 34-60.

⁴ Vgl. seinen Beitrag in diesem Heft.

um die man sich zuvor nie ernsthaft bemüht hatte, *extra ecclesiam* nur wenig wert und wurde zumindest in Deutschland nur in Ausnahmefällen anerkannt. Und wer gar eine theologische Promotion an das »Studium« an unserem Theologischen Seminar anschließen wollte, war hierzulande auf das Wohlwollen der Universitäten angewiesen.

Im kommenden Wintersemester soll das Theologische Seminar nun als »staatlich anerkannte Fachhochschule« mit dem Ausbildungssystem unserer Gesellschaft vernetzt werden – voilà! Einer der Hinderungsgründe war bisher, dass unsere Dozenten ihre Arbeit nun einer »Evaluierung«, also einer wissenschaftlichen Qualitätskontrolle hinsichtlich der Lehrstandards unterziehen müssen. Dafür wird ihnen in Aussicht gestellt, sich bald auch ohne Habilitation »Professoren« nennen zu dürfen. Das fragwürdige bildungspolitische Manöver, das durch die Kooperation mit der Universität von Wales begann, die national und international wegen ihres kommerziellen »Verkaufs« von Studienabschlüssen keinen sonderlich guten Ruf genießt, gaukelte dagegen über nicht zertifizierte »Bachelor-« und »Master-Abschlüsse« einen auch in unseren Breiten anerkannten Studienabschluss vor. Tatsächlich handelte es sich dabei um eine aufwändig betriebene Camouflage, wie jeder Sachkundige schnell herausfinden konnte (die man darum tunlichst von diesen Vorgängen fern hielt). Eine weitere positive Nebenwirkung der künftig staatlich vorgeschriebenen Leistungskontrolle für die Ausbildung künftiger Theologen und Theologinnen ist, dass unsere Dozenten ihr Lehrangebot teilweise mehr als verdoppeln müssen. Vorbei die Zeiten, in denen ein ganzes Semester Lehre mit nur vier oder sechs Semesterwochenstunden im jeweiligen Fach – und ohne die Forschungsverpflichtungen, wie sie an Universitäten anfallen – bestritten werden konnte. Der nächste Schritt könnte so aussehen, dass auch der Zugang zur neuen Fachhochschule modifiziert wird und das bisher ausschließlich den zukünftigen Pastorinnen und Pastoren vorbehaltene Studium sich für das allgemeine Bildungsinteresse öffnet.⁵ »Theologie für alle« – warum auch nicht?

Man wird die zweifellos respektablen Ergebnisse des vergangenen Jahres auch dem Geschick des neuen Präsidentengespanns zuschreiben dürfen, das mitunter nach dem Verfahren »good cop – bad cop« den schwer zählbaren baptistischen Parteiapparat unter ihre Kontrolle brachte. Zupass kamen den Erneuerern neben dem unbestreitbaren persönlichen Geschick freilich auch mehrere glückliche Umstände: Zum einen der nach den unschönen Spektakeln der Bundesräte von Kassel und Krelingen spürbare *Wille* zur Erneuerung, der sich in einem beachtlichen und anhaltenden Vertrauensvorschuss artikuliert. Dazu muss man wissen, dass

⁵ Dabei könnte dann auch die notwendige Entkoppelung von fachlicher und persönlicher Begutachtung der künftigen Pastorinnen und Pastoren realisiert werden. Es steht in einem ausgesprochenen Widerspruch zu den sachlichen Anforderungen eines Theologiestudiums, wenn die persönliche und die wissenschaftliche Begutachtung in einer Hand liegen.

Bundesräte leicht von Emotionen und Stimmungen und nicht nur von sachlichen Auseinandersetzungen geprägt sind (wie sollte man auch mit über 600 Delegierten bei nahezu uneingeschränktem Rederecht sachlich diskutieren können!). Detaillierte Diskussionen und Aussprachen zu Sachthematiken (wie z.B. zur »Tauffrage«) werden schnell als belastend oder als eher langweilig empfunden, wogegen sich emotional angereicherte Polarisierungen schon aufgrund ihres Volksfestcharakters größerer Beliebtheit erfreuen. Dies zeigte sich auch wieder im vergangenen Jahr: Nachdem das aggressive Pulver am Ende der Krelinger Festspiele verschossen war, kippte die Stimmung. Ausdruck dafür war erwartungsgemäß die Verbrüderung einer letzten Endes immer versöhnungsbedürftigen Bundesgemeinschaft, die sich nach den verbalen und, wie sich nachweisen lässt, im Vorfeld gut organisierten Anfeindungen der vorangegangenen Tage und Wochen wieder in den Armen liegen wollte. Eine Rolle mag dabei auch das schlechte Gewissen vieler gespielt haben, dessen man sich – auch das ist typisch für die unter uns gepflegte Frömmigkeit – in der Regel durch eingespielte und nicht weiter ernst gemeinte Gesten entledigt. Die zugedeckten alten Gräben bleiben dabei munter bestehen, um sich bei nächster Gelegenheit erneut als Schützengräben anzubieten.

Wenn sich nun trotz dieser Einwände so vieles im strukturellen Bereich zum Besseren verändert hat, mag man sich fragen, wo sich die Kontinuität bei aller Diskontinuität zeigt. Auch hierzu ist ein Rückblick hilfreich. Was sich im vergangenen Jahr auf den denkwürdigen Bundesräten in Kassel (Februar 2002) und Krelingen (Mai 2002) ereignete, besitzt zumindest für unseren freikirchlichen Mikrokosmos eine apokalyptische Qualität. Eine Apokalypse ist ja nicht nur der Inbegriff des Katastrophalen, sondern meint zuerst das Offenbarwerden einer bis dahin verborgenen Wirklichkeit. Wenn ich die Ereignisse des Frühjahrs 2002 »apokalyptisch« nennen möchte, dann durchaus in diesem doppelten Sinn: Unsere Bundesgemeinschaft hat ihr hinter den biedereren Mauern religiöser Bürgerlichkeit verborgenes problematisches Wesen vor allen Augen geoffenbart. Während die weniger fromme Welt dies noch nicht einmal wahrnahm, hat der fromme Kosmos darauf entweder mit aufrichtigem Mitleid oder mit Häme reagiert (Letzteres ist eine Domäne der als besonders gläubig geltenden Menschen). Aufgrund dieser Selbstoffenbarung und der mit ihr einhergehenden Katastrophalität einer »*Dies ater*« ist der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in anhaltende Erklärungsnotstände geraten, weshalb es sinnvoll sein könnte, sich dieser Freikirche anzuschließen.

Niemand hat meiner Meinung nach das von tiefen Zwiespälten geprägte Sozialwesen unseres Gemeindebundes treffender beschrieben als Thomas Niedballa in seinem immer wieder lesenswerten Aufsatz »Der Baptismus als Familien-System ohne Beziehungen«. ⁶ Dort beschreibt der

⁶ Vgl. ZThG 3 (1998), 30-52.

Autor teils aus eigener leidvoller Erfahrung, wie die *realiter* oft reichlich oberflächlichen zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb unseres religiösen Systems generiert und auf welche banale Weise sie im Konfliktfall gewöhnlich beendet werden. Die in unseren Kreisen auffällig gepflegte Herzlichkeit und Offenheit für alle und alles verdeckt ja auf den ersten Blick, dass diese Beziehungen untereinander tatsächlich streng funktionalisiert und damit an die jeweils definierte Tätigkeit und Rolle der Betroffenen gebunden sind. Verliert man im Beziehungssystem seine Funktion oder wird diese in Frage gestellt, dann brechen gewöhnlich die »persönlichen« Kontakte schlagartig weg. Die einleuchtende Ursache ist darin zu suchen, dass es außerhalb funktionaler gemeindlicher oder innerkirchlicher Funktionen, deren Minimaldefinition in der Teilnahme am Gottesdienst besteht, tatsächlich keine (oder nur sehr marginale) Haftpunkte gibt, die ein Interesse am anderen um seiner selbst willen signalisieren. Dies gilt unbeschadet der stets hochgehaltenen Maxime, dass es bei uns »persönlicher« zugeht als in den als »unpersönlich« apostrophierten Großkirchen. Diese Behauptung ist neben der Lufthoheit über die Bibeltexte eines der missionarischen Zugpferde aller Freikirchen. Besonders deutlich wird die Problematik dieses Anspruchs im Rahmen der missionarischen Bemühungen, die ein beachtliches Maß an teilnahmevollen Gesprächen und dem Interesse am Ergehen des Gesprächspartners suggerieren. Die also Umsorgten fallen allerdings schneller als ihnen lieb ist in ein Beziehungs-Loch, sobald jemand Gemeindeglied geworden ist und diese(r) sich in seiner bzw. ihrer weiteren Entwicklung ab jetzt weitgehend selbst überlassen bleibt. Fällt die Funktion »Bekehrungswillige(r)« durch die Arrivierung der Betroffenen weg, verliert sich mit der spezifischen Funktion des missionarischen Objekts der Begierde auch das Interesse an selbigem.

Das gilt auch für höhere Weihen wie die pastoralen Befugnisse, die Vollmachten eines Bundesdirektors oder gar Präsidenten. Geht man seines Amtes verlustig, bleibt meist nicht mehr viel von der früher zur Schau gestellten Herzlichkeit übrig, die einem – eben nur – von Amtes wegen zufiel. Dann zeigt sich, welche Freundschaften und Beziehungen aller Art wirklich Bestand haben und in diesem Sinne echt sind. Geht man zudem aufgrund eines vorangegangenen Konfliktes auseinander, führt dies mit großer Sicherheit zu einem wechselseitigen Interessenverlust. Dabei zeigt sich schnell, dass auch die Rede von der Bereitschaft zur »Versöhnung« oft nur Gerede ist. Optional bleibt dann entweder der innere Rückzug aus dem Bund oder der Gemeinde, die Möglichkeit der Spaltung oder als ultima ratio die Konversion in eine andere, vielleicht etwas »unpersönlichere«, aber alles in allem gerechtere kirchliche Lebenswelt. Im Unterschied zu meiner Freikirche sichern die großen Kirchen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch ein hohes Maß an garantierten Grundrechten ab und dürfen schon aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes schwebende Personalverfahren nicht in der Öffentlichkeit dis-

kutieren. Der fehlende Anstand gegenüber leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Bundes, der sich – wie im vergangenen Jahr geschehen – bedenkenlos über individuelle Persönlichkeitsrechte hinwegsetzte, stellt dagegen die Kehrseite unserer oft »persönlichen« Beziehungen dar. Die vermeintliche Nähe und die propagierte Verbundenheit im Geiste wird schnell als Erlaubnis für Ungehörigkeiten aller Art betrachtet.

Die von Niedballa beschriebene Zwiespältigkeit und reale Beziehungsunfähigkeit unserer Gemeinschaft zeigt sich auf der Ebene des Bundes nicht zuletzt auch innerhalb ihres »obersten Organs«, des Bundesrates, der sich trotz des formellen Habitus, für den die Geschäftsordnung sorgt, gerne als eine Art »Bundesvolksfest« versteht und seinen Reiz aus der Mischung zwischen Kirchentag und Parteitag (hier zeigen sich die stärksten Analogien) bezieht: Unglaublich allerdings, mit welcher sorglosen Gutmütigkeit hier bisweilen millionenschwere Beschlüsse gefasst werden, was einige Hierokraten in der Vergangenheit durchaus für ihre Zwecke auszunutzen wussten. Unsere Bundesgemeinschaft hat sich mit dem Bundesrat einen populistischen Tummelplatz aller möglichen und damit auch reichlich sonderbarer Ansichten geschaffen. Hier stößt man auf eine Art große »Bundesgemeindestunde«. Dies zeigt sich besonders bei den für das psychosoziale Klima unserer Freikirche bedeutsamen Polarisierungen, die verbunden mit möglichst tränenreichen Versöhnungsgesten einen hohen Stellenwert haben.

Wie schwierig sich die Beziehungen innerhalb unserer Bundesgemeinschaft gestalten, zeigt sich auch anderweitig. Oft sind in räumlich enger Nachbarschaft lebende Gemeinden das ungute Ergebnis einer dissonanten Gemeindegeschichte, die zur »friedlichen« Trennung in Form einer Tochtergemeinde führte. Der Weg von sachlichen Dissonanzen zu persönlichen Zerwürfnissen ist schnell beschritten und eine der Ursachen für Mitgliederfluktuationen. Schwierige Probleme werden überhaupt gerne durch Trennungen oder Austritte und damit überhaupt nicht gelöst. So lässt sich auch die inflationäre Forderung nach allen möglichen Rücktritten rund um die Bundeskrise erklären (auch wenn dies fatale Folgen gehabt hätte!), entspricht dies doch der bekannten Strategie innergemeindlicher und auch innerkirchlicher Konfliktregulierung. Mit den erfolgten Rücktritten erklärt man flugs das Vertrauen für wiederhergestellt, wobei die hinter den Personen stehenden Sachfragen und Probleme nur noch eine untergeordnete Rolle spielen: Sind die Funktionsträger entpflichtet, sind die Sachfragen scheinbar gelöst.

Die Ursachen solcher Verhaltensweisen sind vielfältig und teilweise kybernetischer Art. Ist die freikirchliche Basisdemokratie, die sich in Bundesräten niederschlägt, doch nicht nur ein Segen, sondern auch ein Fluch: Sie überträgt dem Parlament der Gemeindevertreter/innen eine Entscheidungskompetenz, ohne dieses zu zwingen, dafür auch die Verantwortung zu übernehmen. Denn aufgrund des autonomen Status, den die Ortsge-

meinden besitzen, ist keine Gemeinde für die Umsetzung der Beschlüsse ihrer Delegierten auf den Bundesräten verantwortlich. So haben beispielsweise alle Bundesräte die problematischen Haushalte der letzten Jahre abgesehen und die erforderlichen Erlaubnisse und Entlastungen erteilt, ohne deren Solidität ernsthaft zu überprüfen. Rechtlich gesehen ist der Hauptverantwortliche für die Finanzkrise der Bundesrat, da er alle weitreichenden Beschlüsse selbst gefasst hat.

Nicht einmal die »Bundesbeiträge« sind letztlich für die Gemeinden verpflichtend, weshalb die Bundesleitung von den kollektiven Stimmungen der Gemeindevertreter besonders abhängig ist. Eine solche Struktur, bei der der Bundesrat, der sich aus Vertretern aller Ortsgemeinden zusammensetzt, weitreichende Kompetenzen und Vollmachten besitzt, verlangt eigentlich ein professionelleres Parlament und eine stärkere Verpflichtung der Gemeinden. Bundesräte sind aber nur »Zufallsparlamente« und aufgrund der großen zeitlichen Distanz zwischen den i.d.R. jährlich stattfindenden Sitzungen sowie angesichts der mit dem Mandat verbundenen Vollmachten unterqualifiziert. Da es außerdem keinen hinreichenden Raum für das Ausdiskutieren von Sachfragen (etwa in den hierfür unzureichenden Ausschüssen bzw. »Abteilungen«) gibt und die Meinungen und Fraktionen aufgrund der wechselnden Zusammensetzung unübersichtlich sind, ist dem Bundesrat der Boden für produktive Sachauseinandersetzungen und sinnvolle Kompromisslösungen weitgehend entzogen. Entscheidungen werden dafür um so abhängiger von zufälligen Gefühlen des Vertrauens oder Misstrauens, des Verstehens oder Missverstehens.

In solchen basisdemokratischen Mustern, die zwangsläufig Entscheidungen nach Stimmungs- und nicht so sehr nach Sachlage provozieren, zeigt sich ein paradigmatisches Problem: Die leitende Persönlichkeit, mit der ein innerkirchliches Werk oder eine Arbeit verbunden ist, wird zum beherrschenden Kriterium und entscheidet letztlich über das Vertrauen, das man einem bestimmten Werk oder einer Arbeit entgegenbringt. Dies drückt sich dann über die eingehenden Spenden auch finanziell aus. Weil innerhalb des unübersichtlichen und komplizierten Bundesgeschehens einzelne Personen für ganze Werke stehen, werden Sachfragen unter uns sofort personalisiert und über Rücktritte, Streichungen, Versetzungen, Entlassungen oder (umgekehrt) Ermächtigungen und Berufungen »gelöst«. Wird dann die Forderung erhoben, dass Köpfe rollen, dann offenbart sich darin das apokalyptische Erbe einer Freikirche, die den schwierigen und zur irdischen Existenz der *Ecclesia militans* zählenden Weg einer versöhnten Verschiedenheit lieber durch irdisch antizipierte eschatologische Szenarien regelt, in der die (freikirchliche) Welt in Gut und Böse eingeteilt wird.

Hinzu kommt, dass wir dabei ständig zwischen einer »Bewegung« und der – an sich notwendigen sowie institutions- und sozialgeschichtlich überfälligen – »Verkirchlichung« hin und her pendeln, wobei Letzteres bedauerlicherweise nur negativ verstanden wird. Warum stellen wir uns nicht endlich dazu, »Kirche« zu sein, zumal als Alternative in der Bun-

desrepublik aus kulturgeschichtlichen Gründen nur der ewige Sektenverdacht bleibt, gegen den wir einen mehr als anderthalb Jahrhunderte währenden Abnutzungskrieg führen? Einerseits sind wir »Bewegung«, wenn wir unsere vermeintlich bedeutende Rolle als christliche Reformbewegung herausheben wollen und gebärden uns andererseits als (Frei-)Kirche, sobald wir die öffentliche Anerkennung suchen. Was also sind wir? Wenn wir das nur selber wüssten!

In jedem Fall kann man bei uns ein »Familiensystem ohne Beziehungen« erleben. Für die in negativer Weise davon Betroffenen bedeutet dies in der Regel, dass sie gleichsam über Nacht von geschätzten Persönlichkeiten zur »persona non gratissima« werden können, wie dies im vergangenen Jahr geschehen ist. Während der Bundesfriede in Rundbriefen beschworen wurde, die als Beweis neuer Offenheit gefeiert werden, wurden die auf der Strecke gebliebenen Opfer weitgehend sich selbst überlassen – und das heißt in manchen Fällen eben auch: den Grausamkeiten des Arbeitsmarktes.

Dabei zeigte sich eine kirchenpolitische Strategie, die zum festen Instrumentarium generativer Versöhnungsprozesse unserer Freikirche zählt: Eine Konfliktlösung wird lieber *inszeniert* als tatsächlich *initiiert*. Als Lösung eines Konflikts gilt bereits, wenn so viel Gras über eine Sache gewachsen ist, dass sich niemand mehr richtig an die Vorkommnisse erinnert. Abgeschlossen ist ein Konflikt, wenn er »historische« Weihen erlangt, in der Regel also dann, wenn der erste Student eine kirchengeschichtliche Seminararbeit zu diesem Thema schreibt. Wie unecht und oberflächlich Versöhnung zelebriert wird, zeigt der Abschied am Ende des Bundesrates in Krelingen, als die alte Bundesleitung mit ihren ehemaligen Vorsitzenden und einem Generalsekretär, dessen Verhalten den Konflikt ausgelöst hatte, im Anschluss an die erwarteten Rücktritte einen rührseligen Abschied mit Schlussapplaus erhielten.⁷ Ernst konnte dies nach den Vorgängen gewiss niemand nehmen, aber die Situation erforderte ein derartiges Zeremoniell. Weil jedes Drama unter uns in Wahrheit immer auch eine Komödie ist, musste es ein irgendwie gutes Ende geben, damit alle wieder beherzt an die Arbeit gehen können. Die Botschaft lautet: »Ich bin okay, du bist okay– nichts ist okay!«

Wie Versöhnung zum öffentlichen Spektakel werden kann, lässt sich auch angesichts der in diesem Jahr veranstalteten »Geistlichen Werkstatt« in Berlin nachweisen: Auch hier sollte das Signal nach außen gehen – bevor es nach innen gegangen war –, dass nun alles wieder auf dem Weg des Guten ist, zumindest für diejenigen, die das auch so empfinden wollten oder sollten. Nicht nur der Zweck, sondern bereits der Zweckoptimismus heiligt die Mittel. Solange Buße bzw. Erneuerung aber nur *in-*

⁷ Einige Betroffene fanden diese Inszenierung so widerwärtig, dass sie der Zeremonie fernblieben.

szeniert statt *initiiert* werden, ist Versöhnung ein zu großes Wort für unsere Bundesgemeinschaft. Wenn die damit verbundene Absicht lediglich aus dem Appell »Es geht wieder aufwärts« besteht,⁸ werden Umkehr und Versöhnung immer noch von der Funktionalisierung der Beziehungen her verstanden und haben jenseits kirchenpolitischer Instrumentalisierung keinen spirituellen Wert, so gut man es dabei mit der Bundesgemeinschaft auch immer meinen mag. Ich frage mich, warum so etwas überhaupt in aller Öffentlichkeit zelebriert werden muss, zumal ohne vorherige Anbahnung und Klärung strittiger Sachverhalte oder Beziehungen. Solche Rituale haben vor allem die Aufgabe, die inszenierte Versöhnung als ein möglichst eindringliches, d.h. zu Herzen gehendes und in diesem Sinne »echtes« Ereignis darzustellen.

Dazu gehört m.E. auch die nur kirchenpolitisch verständliche Maßnahme, zu Beginn des Bundesrates in Siegen (am 1. Mai 2003) mit den Delegierten aus den Gemeinden das Abendmahl zu feiern. Dabei halte ich nicht etwa den durchaus ernsthaften Versöhnungswillen für das Problem (im Gegenteil), sondern die kultische Inszenierung der Versöhnung vor der Aussöhnung. Der Zeitpunkt für diese Inszenierung der kollektiven Bundesseligkeit ist – theologisch betrachtet – um so seltsamer, als die neue Bundesleitung es aus verständlichen Gründen bisher abgelehnt hatte, sich mit den Vorgängen der Bundeskrise zu beschäftigen und dies den Gemeinden auch mitgeteilt hatte.⁹ So entsteht der Verdacht, dass die sakramentale Antizipation der Versöhnung jener schönen neuen Bundeswelt den Weg bereiten soll, die wir um so viel lieber hätten als die Wirklichkeit einer inneren Zerrissenheit. Gilt nicht auch hier: »Friede, Friede – und ist kein Friede« (Jer 6,14)? Kann man derzeit schon ein Signal für die Restitution der *Bundesgemeinschaft* geben, die über einen erneuerten institutionellen Rahmen hinausreicht? Da der beherrschende Faktor unseres Gemeindelebens keineswegs nur in gemeinsamen Überzeugungen, sondern vor allem in kollektiven Stimmungen und Befindlichkeiten liegt, ist ein Vorgehen, das eine posttraumatische Bundeseinheit beschwört, sicherlich politisch nicht ungeschickt. Sie konterkariert sich allerdings durch eine theologische Unernsthaftigkeit im Umgang mit der Versöhnung und eine Vertuschung der ungelösten Probleme. Ich möchte noch einmal betonen, dass dies kein Problem der derzeit in Verantwortung stehenden Personen, sondern des Systems unserer religiösen Gemeinschaft ist und angesichts vergleichbarer Schwierigkeiten in anderen Kirchen wohl noch nicht einmal ein freikirchliches Spezifikum darstellt. Freikirchlich ist daran lediglich, dass sich

⁸ So heißt es im präsidialen Einladungsschreiben vom 17. April 2003 zum Bundesrat im Mai 2003: »Auf nach Siegen!«

⁹ Vgl. a.a.O.: »Die Übergangsbundesleitung sah sich angesichts der Aufgabe, Wege aus der Krise zu finden, und der zeitlichen Nähe zu den Ereignissen nicht in der Lage, das zu leisten, weil eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle spielen.« Das ist ja verständlich – aber wäre es dann nicht auch klüger, mit einem Bundesabendmahl noch ein wenig zu warten?

diese Phänomene auf dem Hintergrund einer sich um »persönliche« Beziehungen mühenden und sich als »Lebensgemeinschaft« oder »Familie Gottes« verstehenden gemeindlichen Tradition zeigen, die hinsichtlich des eigenen Anspruchs in einem eigentümlichen Widerspruch stehen.

Keinesfalls geht es bei internen Konfliktregulierungen um die »Wahrheitsfrage«, weil sie in fast allen Konflikten unlösbar erscheint und zudem aufwändig ist. Die Frage nach der »Wahrheit« ist daher tabu, was an vielen Stellen auch durchaus nachvollziehbar ist. Man kann nicht, wie im letzten Jahr geschehen, mit mehr als 600 Delegierten über intime Personalquereilen und den Wahrheitsgehalt von Präsidentenauskünften diskutieren. Dass die ehemaligen Vorsitzenden der Bundesleitung und ein hilflos wirkender »Generalsekretär« dies gleichwohl gemacht haben, war nicht nur ein Bruch von Recht und Anstand, sondern – theologisch gesprochen – ein veritabler Sündenfall. Hier haben die Betroffenen ihr Amt ein weiteres Mal missbraucht. Dies gilt unbeschadet der Beobachtung, dass sich der eine oder andere *coram mundo* im Nachhinein als Sieger feiern ließ. *Coram Deo* ist dies ohne Bedeutung. Hier zählt nicht die öffentliche Inszenierung oder die kirchenpolitische Instrumentalisierung der religiösen Stimmungen einer mit den Hintergründen nicht vertrauten Menge. Denn vor Gott gilt nicht die *Wirklichkeit*, sondern die *Wahrheit*. Und wer die für sich gepachtet hat, ist bei weitem noch nicht ausgemacht. Der nicht bezifferbare Schaden, der durch ein anfangs unprofessionelles Krisenmanagement entstanden ist, ist beträchtlich. Erfahrungsgemäß und trotz der derzeitigen Ruhe nach dem Sturm werden uns dessen Auswirkungen wohl auf Jahre belasten.

Für den involvierten Bundesrat, dem die ehemaligen Repräsentanten des Bundes die Funktion eines Tribunals offeriert hatten, gelten mindernde Umstände. Denn die allseits bekannte Gewissenlosigkeit von Gremien verhält sich proportional zu ihrer Größe und der damit steigenden Anonymität. Um es arithmetisch auszudrücken: Je größer ein Gremium desto weniger Verantwortungsbewusstsein muss es haben. Das ist das Grundproblem aller »Kollektivschuld«. Solche nahezu unvermeidliche Gewissenlosigkeit lässt sich mit einigem Geschick ausnutzen: Das »allgemeine Priestertum« steht dann in Gefahr, zum »allgemeinen Pöbel« umfunktioniert zu werden, um eine gewünschte Polarisierung herzustellen. Deutlich wurde jedenfalls wieder einmal, dass das kollektive Stimmungsbarometer der treibende Faktor unserer Kirchenpolitik ist.¹⁰

Die Bundeskrise hat erneut die dünne Firnis unseres Selbstverständnisses sowie deren Brüchigkeit an den Tag gebracht. Tatsächlich sind die theologischen Unterschiede zwischen unseren Gemeinden erheblich, so dass

¹⁰ Dies kann nur denjenigen verwundern, der den Stellenwert des Voyeurismus in einer medialen Gesellschaft noch nicht erkannt hat, der uns in teils makabren, aber offensichtlich als amüsant empfundenen Talkshows über alle möglichen Abartigkeiten entgegenflutet. Am liebsten hätte das Bundesvolk wohl Jürgen Fliege als Moderator für die Bundesräte.

von einer bekennenden *Gemeinschaft* kaum die Rede sein kann.¹¹ Daran ändern auch »Leitsätze« nichts, die erneut auf einem Bundesrat diskutiert und verabschiedet, aber innerlich nicht ratifiziert werden. Unsere Bundeswirklichkeit ist eine kräftige Widerlegung solcher Leitsätze, die das hohe, viel zu hohe Lied von der Transparenz, Glaubwürdigkeit und dem ewigen Gutmenschentum des *Homo non sapiens vel baptisticus* singen. Kleiner müssten die Brötchen sein, die im Augenblick in den Bundesbäckereien gebacken werden.

Ist die Geschichte auch nicht gerecht, so schlägt sie doch wenigstens hin und wieder zurück. Sieht man sich die Entlassungen, Versetzungen und Dienstbeendigungen des vergangenen Jahres an, lässt sich feststellen, dass die Revolution vor keiner Seite halt machte und schließlich begann, »ihre eigenen Kinder zu fressen«.¹² Jene, die das Komplott unter dem Deckmantel zugesagter »Vertraulichkeit« gegen den Bundesdirektor der Finanzen in die Wege leiteten, haben nicht nur dem Denunziantentum Tür und Tor geöffnet und zugleich einen Präzedenzfall geschaffen, sondern sich auch selbst aus dem Kreis der vertrauenswürdigen Kräfte verabschiedet. Auch die Anführer und vermeintlichen Hoffnungsträger unter den evangelikalen Eiferern spielen im neuen Bundeskonzept keine Rolle. Jede Apokalypse hat irgendwie auch ihren guten Ausgang. Dazu gehört auch, dass jene ideologischen Zirkel, die in den letzten Jahren versucht hatten, unter dem Signet einer »geistlichen Erneuerung« und eines autoritären Führungsstils maßgeblichen Einfluss auf den Gemeindebund zu nehmen, zunächst über den viel zu großen Königsmantel gestolpert sind.

Die Enttäuschung der Enthusiasten, die neuerdings wieder einmal ein Zweckbündnis mit den Fundamentalisten eingegangen sind, ist erheblich. Mit der »Geistlichen Gemeindeerneuerung« haben sie sich darum eine organisatorische Plattform geschaffen, die sich parallel zum neuen Präsidium als spirituelle Kirchenleitung versteht und bereits die Muskeln spielen lässt. Dabei offenbart sich erneut etwas für meine Freikirche Typisches: Gruppen dieser Art verweisen zunächst scheinbar beiläufig auf die hinter ihnen stehende Zahl realer oder potenzieller Dissidenten, die die eigene Machtbasis unterstreichen. In einer 85 000 Mitglieder zählenden Freikirche ist eine solche Grundlage im Prozentbereich rasch geschaffen. Denn nichts hat sich in der Vergangenheit in unserer Bundesgemeinschaft als Drohmittel besser bewährt, als der arithmetische Druck, der von frommen Pressure-groups ausgeht.

An dieser Schwachstelle zeigt sich die ideologische Anfälligkeit einer Freikirche, die als Minderheitskirche um ihr Überleben kämpft. Der reale oder vermeintliche

¹¹ So spielt auch unser kollektives Bekenntnis, die so genannte »Rechenschaft vom Glauben« für das Miteinander der Gemeinden nicht die geringste Rolle.

¹² Wir Alttestamentler nennen dies die »synthetische Lebensauffassung«, »schicksalswirkende Tatsphäre« oder den – keineswegs immer verlässlichen – »Tun-Ergehen-Zusammenhang«.

ekkesiologische Substanzverlust wird nämlich mit seismischer Präzision über abnehmende Mitgliederzahlen – der sozialen Achillesferse einer Minderheitskirche – diagnostiziert. Dies wird mit den angeblich hohen Zuwachsraten ideologischer Konventikel kontrastiert, die das ausbleibende Gemeindegewachstum stets auf geistliche Defizite zurückführen, zu deren Behebung sie dann die Patentrezepte anbieten. Zentrale Bedeutung hat für diese Gruppen die langfristige Übernahme der kirchenpolitischen Macht, was von den in der Leitungsverantwortung Stehenden aus Gründen eines drohenden Mitgliederschwunds oder (gerade umgekehrt) des erhofften Mitgliederzuwachses über einen meist wackligen Burgfrieden konzediert wird. Dies geht solange gut, bis der nächste Konfliktfall den Konventikeln eine neue Chance bietet, ihre Machtbasis unter erneutem Hinweis auf die »geistlichen Ursachen« der Krise zu erweitern. Dieser Mechanismus hat auch im Zusammenhang der Bundeskrise eine Rolle gespielt, wobei die Usurpation durch ein allzu ungestümes Vorgehen scheiterte und zunächst mit einem realen Machtverlust endete. Auf diese Weise werden jedoch immer neue und flexible religiöse Spielwiesen im inneren Konventikelwesen einer Freikirche generiert, die damit den Preis dafür bezahlt, auch ein Sammelbecken für religiös unzufriedene Menschen aus anderen Kirchen zu sein, die im überschaubaren Rahmen einer Freikirche einen »klaren Kurs« fordern, hinter dem sich gerne religiöse Ausgrenzung und Intoleranz verbergen. Manche freikirchlichen Missionserfolge sind daher Pyrrhussiege über die pluralistischen Großkirchen und Trojanischen Pferde, die als ekkesiologische Zeitbomben in unserer Bundesgemeinschaft ticken.

Fragt man sich, warum es überhaupt eine Bundeskrise gab, so mag man darauf antworten, dass sie wohl schon geraume Zeit im Verborgenen schwelte. Das Neue an der Krise ist lediglich, dass sie *stattfand*. Ein heterogener Gemeindebund, der zwischen Evangelikalen, Charismatikern, Traditionalisten und einer postkonfessionellen Spiritualität ständig um Ausgleich bemüht ist, muss sich früher oder später offenbaren. Der anstehende Generationenwechsel, der alle Bereiche unserer Gemeinden erfasst hat, tat ein Übriges. Die von früheren Verantwortungsträgern praktizierte Kirchenpolitik »nach Gutsherrenart«, die die Bundesleitung über viele Jahre hinweg zum bloßen »Abnickverein« für Präsidenten, Generalsekretäre oder den (endlich abgeschafften) Ständigen Ausschuss degradiert hatte, hat wohl erst einmal ausgedient, nachdem sie noch für eine Übergangszeit die notwendigen Reformbemühungen verzögerte. Eine der Fehlentwicklungen der Vergangenheit bestand darin, dass das nach unserer Verfassung kollegial verfasste Leitungsgremium der Bundesleitung lange Zeit zu einem Präsidialgremium heruntergekommen war. Hier sehe ich einen der Gründe dafür, dass sich die Situation innerhalb der Bundesleitung zuspitzte, als diese das nicht mehr mit sich machen ließ. Es wäre auch nicht so weit gekommen, wenn nicht grobe Führungsfehler, eine mangelhafte Dienstaufsicht und die religiöse Anmaßung des ehemaligen Präsidenten, der seiner Aufgabe offensichtlich nicht gewachsen war, den Konflikt verstärkt hätten. Denn der Präsident bzw. der Vizepräsident war nach der bisher gültigen Verfassung lediglich der Vorsitzende der Bundes-

leitung und sollte *diese* (sic!) nach außen vertreten. Ein darüber hinausgehendes Leitungsamt oder einen Führungsanspruch mit eigenen Vollmachten kannte und wollte unsere Verfassung bewusst nicht.

Die fehlende Offenlegung der finanziellen Verhältnisse des Bundes wie etwa die Unklarheiten im Blick auf das Vermögen der »Missionsgesellschaft Neuruppin«, mit deren Hilfe einige gerade noch rechtzeitig aus dem Amt geschiedenen Präsidenten sowie ein Ex-Generalsekretär jahrelang eine Art heimlichen Nebenhaushalt des Bundes unterhielten und damit den ihnen Nachfolgenden eine unsolide Haushaltslage hinterließen, gegen den nicht nur die Finanzpräsidenten seit Jahren vergeblich Sturm liefen. Dabei wurden die tatsächlichen Kosten für den Bau des Bildungszentrums, dessen finanzieller Fluch mittlerweile in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zu seinem Segen (d.h. dem Nutzen für die Gemeinden) steht, auf äußerst unelegante Weise verschleiert. Die aufgrund von Fehlplanungen und Missmanagement entstandenen sowie durch eine völlig verkorkste und unprofessionelle Bauleitung ausufernden Ausgaben für das Bildungszentrum waren fester Bestandteil jener selbstherrlichen Kirchenpolitik »nach Gutsherrenart«, für die die Ära Zeschky-Schaefer stand. Aus ihrer Sicht waren Bundesleitung und die Bundesgemeinschaft bloße Erfüllungsgehilfen für die eigene Hegemonie und eine immer weiter ausgebauten Machtbasis, an deren Fülle sie schließlich scheiterten (und andere in ihr Scheitern hineinzogen), weil sie diese Machtfülle nicht mehr überblickten, geschweige denn beherrschten. Dass sich ausgerechnet manche der damals Verantwortlichen (sofern sie sich nicht in Schweigen hüllten) anschließend mit der Attitüde der Empörung in der Bundeskrise zu moralischen Wortführern aufschwangen, ist dabei jedenfalls nicht ohne Pikanterie.

Wenn die Apokalypse des Bundes ohne dessen Untergang endet, dann ist dies sicherlich ein Akt der Gnade Gottes. Er meint es gut mit seiner Gemeinde, die auch die Pforten einer selbst heraufbeschworenen Hölle nicht überwinden werden. Die Zukunft wird zeigen, ob unser Bund nach seiner Apokalypse in den Kleidern der Gerechtigkeit (Jes 61,10) oder nur in des Kaisers neuen Kleidern weitermarschiert, bis am Ende jedes Kind die enthüllenden Sätze aussprechen wird: »Er hat ja gar nichts an!«

Wir werden unsere Hoffnungen auf Gott richten, was immer aus kirchlichen oder freikirchlichen Bündnissen werden mag, von denen wir nicht wissen, ob der Herr sie wirklich will. Wir leben immer noch in einer Zeit des Umbruchs, vielmehr hat dieser Umbruch gerade erst begonnen und braucht Geduld und Weitsicht. Manchmal wohl auch eine Prise Zorn, der vielleicht nicht Gottes Gerechtigkeit wirkt (Jak 1,10), aber zu ihrem Wegbereiter werden kann: »Zorn am rechten Ort ist eine Gabe Gottes, und zur rechten Zeit mit rechten Worten schelten können ist eine große Kunst. Darum soll man einem Zornigen Raum geben« (Martin Luther). Ob wir dies aushalten? Ich denke wir müssen es.